

OB Dr. Frank Mentrup sieht im Haushaltsentwurf das richtige Fundament:

Gesetze des Handelns selbst bestimmen

Den eingeschlagenen Stabilisierungskurs weiter fortsetzen / Zehn Schwerpunkte der Stadtpolitik

(trö) In den kommenden Jahren gehe es nicht um „kosmetische Schnippen“, sondern um strukturelle Entscheidungen, betonte OB Dr. Frank Mentrup bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2017/2018. Oberste Prämisse sei, die Entwicklung der Stadt selbst in die Hand nehmen zu können. Für die Gestaltung der Zukunft sah er zehn Schwerpunkte der Stadtpolitik von entscheidender Bedeutung. Im Folgenden die vorgeschlagene Haushaltsrede des OB in gekürzter Form, die vollständige Fassung ist nachzulesen auf www.karlsruhe.de/haushalt.

(...) Wir stehen vor schwierigen Haushaltsjahren. (...) Die berühmte „Nagelschere“ und das kosmetische Schnippen mit ihr reicht nicht mehr. Wir müssen auch strukturelle Entscheidungen treffen (...). Aber ich bin überzeugt – wir werden das gemeinsam schaffen. Karlsruhe wird sich weiter bewegen, sich weiter entwickeln, attraktiv bleiben für die, die da sind, und attraktiv werden, für die, die es kennenlernen – gerade weil wir den Mut haben zu unpopulären Maßnahmen, aber vor allem dazu, die Entwicklung unserer Stadt, unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen, sie gemeinsam und verantwortlich zu gestalten. Dazu bietet dieser Haushaltsentwurf das richtige Fundament.

LAGE IN KARLSRUHE

„Lassen Sie mich konkret zum Zahlenwerk unseres Doppelhaushalts 17/18 kommen. Ich lege Ihnen nunmehr einen Haushalt mit

einem Volumen im Ergebnishaushalt von rund 1,25 Milliarden Euro vor. Im Ergebnis erzielen wir gemessen am Gesamtvolumen moderate Überschüsse von 35,2 beziehungsweise 1,9 Millionen Euro. (...) Dies war nur möglich, da wir einen verbindlichen Stabilisierungskurs eingeschlagen haben, der nimmend im kommenden Doppelhaushalt erstmals sichtbar wird. Mit Ihrem Grundsatzbeschluss zur Haushaltsstabilisierung und der darin enthaltenen Ausdehnung des Prozesses über einen Zeitraum von sechs Jahren haben Sie hierzu ein wichtiges und richtiges Signal gesetzt. Denn eine sinnvolle Stabilisierung der Finanzen ist nur mit einem strategischen, mittelfristigen Horizont umsetzbar.

Uns allen ist bewusst, dass der notwendige Ausgleich des Ergebnishaushalts nur mit einer Reduktion von Qualitäten und Angeboten von Seiten der Stadt sowie einer maßvollen Mehrbelastung der Bürgerschaft einhergehen kann. An uns liegt es nun, durch frühzeitiges Gegensteuern tiefergreifendere Einschnitte zu verhindern. Dies setzt allerdings in einem ersten Schritt voraus, dass Sie an Ihren getroffenen Leitlinienbeschlüssen zum Maßnahmenpaket 1 grundsätzlich festhalten. So wie sich die derzeitige Finanzplanung darstellt, werden wir für die Zeit nach dem Doppelhaushalt 2017/2018 weitere Maßnahmenpakete auf den Weg bringen müssen. Aber ich versichere Ihnen, dass wir jederzeit die aktuelle Finanzentwicklung bei der Haushaltsstabilisierung berücksichtigen und

gegebenenfalls nachsteuern werden. Mit dem Haushaltsstabilisierungsprozess geht es um nicht mehr, aber auch nicht weniger als die finanziellen Rahmenbedingungen und damit die Handlungsfähigkeit für eine erfolgreiche Zukunft zu sichern. Wir wollen selbst die Zügel in der Hand behalten, unsere Zukunft aktiv gestalten, nicht von der Rechtsaufsichtsbehörde fremdbestimmt werden. (...) Im Gesamtfinanzhaushalt werden wir abermals einen Höchststand an Investitionen ausweisen: Mit rund 194 beziehungsweise rund 191 Millionen Euro investieren wir weiterhin auf hohem Niveau in unsere Infrastruktur. Von den rund 385 Millionen Euro ist (...) jeder Euro gut investiert. Alleine die Fortsetzungsmaßnahmen aus vorangegangenen Haushaltsjahren betragen rund 115 Millionen Euro. So wird der erste Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule abgeschlossen und weiterhin in unsere neue Hauptfeuerwache investiert. Größere Maßnahmen im Doppelhaushalt sind neben dem vorgesehenen Grunderwerb vor allem die Bezuschussung unseres Städtischen Klinikums, der Einstieg in die Sanierung unserer Stadthalle sowie verschiedene Tiefbau- und Stadtentwässerungsmaßnahmen. Ein Schwerpunkt liegt auch im DHH 17/18 wiederum in unserem Schulbaubestand, der saniert, erneuert und teilweise erweitert wird. (...) Auch viele kleinere Projekte werden verwirklicht. Uns war es wichtig, alle Maßnahmen vordringlich in den nächsten Doppelhaushalt aufzunehmen, die im letzten Doppel-

haushalt 2015/2016 nicht berücksichtigt werden konnten mit einem Volumen von rund 11 Millionen Euro in den nächsten Jahren. (...) Der Ertragshaushalt kann in beiden Jahren einen Zahlungsmittelüberschuss von rund 122 Millionen Euro erwirtschaften, so dass noch ein erheblicher Rest der Investitionen aus der Aufnahme von Darlehen eingeplant werden muss: rund 237 Millionen Euro. Uns ist die Höhe der Summe sehr bewusst, wir meinen jedoch, dass wir sinnvoll in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt investieren. Wir werden wieder alles daran setzen, (...) diese Kreditaufnahme nicht auszuschöpfen, im Idealfall ganz darauf zu verzichten. Da wir aber insgesamt die Haushaltsansätze schon eher positiv minimieren, wird dies von Jahr zu Jahr weniger erfolgreich sein können.

DREI GROSSE PROJEKTE

Lassen Sie mich drei größere Projekte herausgreifen:

– **Badisches Staatstheater:** Voraussichtlich im ersten Quartal 2017 wird die Vorplanung mit einer belastbaren Kostenschätzung vorliegen, die die Verwaltung dann im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses in den Gemeinderat einbringen wird. Für Planungshonorare sind im Doppelhaushalt 2017/18 rund 2 Millionen Euro vorgesehen. Parallel dazu müssen Sofortmaßnahmen, insbesondere für Brandschutz, in den Theaterferien umgesetzt werden.

– **Städtisches Klinikum:** Der Gemeinderat hat sich in seiner Juni-Sitzung zuletzt mit den Neubaumaßnahmen am Städtischen Klinikum Karlsruhe beschäftigt, die zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit (...) dringend erforderlich sind. Mit dem Bau des neuen Institutsgebäudes und der Energiezentrale wurde bereits begonnen. Herzstück der Neubaumaßnahmen ist der Betten- und Funktionsbau Haus M für den nun die Entwurfsplanung abgeschlossen wurde. Der Gemeinderat unterstützt dieses (...) maßgebliche Projekt nicht nur ideell sondern auch durch einen über mehrere Jahre verteilten Trägerzuschuss in Höhe von 90 Millionen Euro.

– **Fußballstadion im Wildpark:** Mit seinen Beschlüssen in der letzten Woche hat der Gemeinderat die Tür weit aufgestoßen, ein neues Fußballstadion im Wildpark zu errichten und damit den Profifußball und einen der wichtigsten Imagefaktoren



KARLSRUHE BLEIBT ATTRAKTIV: OB Dr. Frank Mentrup will in der Stadtpolitik einen Kurs der Modernisierung fahren. Foto: Fränkle

dieser Stadt in eine wirtschaftlich und politisch tragfähige Zukunft zu führen. Jetzt ist es am Verein als Pächter und wichtigem Nutzer, ebenfalls Vertrauen aufzubringen und mit uns zu springen. Wir bauen dabei aber nicht nur ein neues Stadion, sondern wir arrondieren und modernisieren wichtige Bereiche im beliebten nördlichen Bereich der Innenstadt. (...) Wichtig ist mir an der Stelle zu betonen, dass die Investitionssumme für das Stadion selbst (...) nicht in Konkurrenz steht zu Investitionen etwa in Schulbau oder andere Infrastruktur.

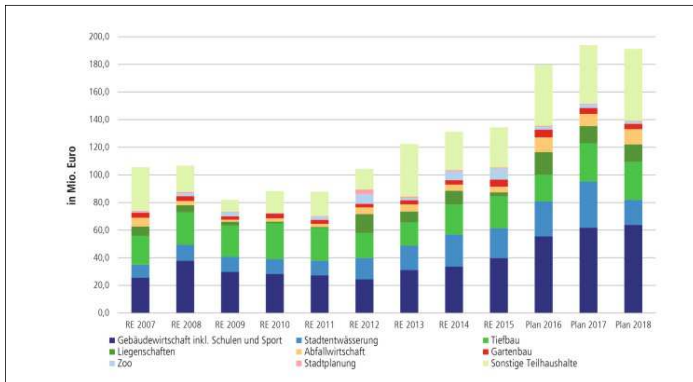
SCHWERPUNKTE

1. Die „moderne“ Verwaltung

Wenn alles um uns herum im Fluss ist, (...) dann muss sich auch die Verwaltung ein – neu-deutsch – „Update“ gönnen. (...) Dabei geht es primär (...) um die Chancen, die sich durch die neuen digitalen Techniken in der Verbesserung der Abläufe in der Verwaltung und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ergeben. Das ist alles andere als trivial, stellt es doch durchaus identitätsstiftende Kulturelemente öffentlicher Verwaltung auf den Prüfstand. Wie transparent sind Informationen zukünftig in-

2. Die Zukunft der Innenstadt

Nicht nur die Baustellen zur Kombilösung (...) zeigen es täglich: Unsere Innenstadt verändert sich, ist ein dynamischer Ort, ist da, wo sich großstädtisches Leben mit all seinen Facetten wie in einem Brennglas fokussiert, abbildet, voranschreitet. Dass wir diese Innenstadt beständig weiterentwickeln wollen, dass wir sie weiterentwickeln müssen – ich denke, darin sind wir uns alle einig. Dazu kommt auch internationale Dynamik von außen. (...) Verbraucher wollen sich heute durch eine anregende Umgebung überraschen und zum Konsum verführen las-



ZUKUNFT GESTALTEN: Investitionen in den Teilbereichen des Etats 2007 bis 2018. Grafik: Stadtkämmerei

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt stellt neben zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen auch nicht zahlungswirksame Aufwendungen dar wie Rückstellungen oder Abschreibungen. Er ist vergleichbar mit der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens.

Am Ende eines Jahres zeigt der Ergebnishaushalt auf, ob eine Stadt von ihrer Substanz gelebt hat – dies ist der Fall, wenn sie einen Negativsaldo ausweisen muss – oder ob sie ihren Ressourcenverbrauch durch Erträge decken kann. Eine schwarze Null oder ein positives Ergebnis sagt nichts Abschießendes darüber aus, wie viele liquide Mittel eine Stadt tatsächlich in der Kasse hat.

Die Stadt Karlsruhe plant im Ergebnishaushalt mit positiven Ergebnissen. Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz rechnet im Jahr 2017 mit einem ordentlichen Ergebnis von 33,7 Millionen Euro und für das Jahr 2018 mit einem von immerhin noch 371.000 Euro. Für die Finanzdezernentin ist klar: „Diese Ergebnisse sind Folge der eingeleiteten Leitlinienbeschlüsse des ersten Maßnahmenpakets im Haushaltsstabilisierungsprozess.“

Über Haushaltssatzung und endgültigen Haushaltsplan entscheidet der Gemeinderat nach den Einzelberatungen in seiner zweitägigen Plenarsitzung am 15. und 16. November. –trö

Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2017 in Mio. Euro	Ansatz 2018 in Mio. Euro
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	547,8	561,5
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	441,5	420,6
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	10,3	9,7
4	+ Sonstige Transfererträge	15,1	15,1
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	110,7	112,2
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	44,6	45,4
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	39,1	39,3
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	1,2	0,7
9	+ Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	9,2	6,3
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	46,7	46,9
11	= Ordentliche Erträge	1.266,2	1.257,6
12	- Personalaufwendungen	-321,0	-332,2
13	- Versorgungsaufwendungen	-5,7	-5,9
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-157,7	-157,1
15	- Planmäßige Abschreibungen	-72,5	-76,0
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7,9	-10,0
17	- Transferaufwendungen	-566,7	-572,9
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-101,0	-103,0
19	= Ordentliche Aufwendungen	-1.232,4	-1.257,2
20	= Ordentliches Ergebnis	33,7	0,4
21	+ Außerordentliche Erträge	3,0	3,0
22	- Außerordentliche Aufwendungen	-1,5	-1,5
23	= Veranschlagtes Sonderergebnis	1,5	1,5
24	= Veranschlagtes Gesamtergebnis	35,2	1,9

Quelle: Stadtkämmerei

Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2017 in Mio. Euro	Ansatz 2018 in Mio. Euro
1	+ Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.245,4	1.240,3
2	- Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.160,1	-1.203,2
3	= Zahlungsmittelüberschuss/bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	85,4	37,1
4	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	9,0	6,1
5	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit	0,6	0,6
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	12,6	9,2
7	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0,0	0,0
8	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	11,3	0,6
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	33,6	16,5
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10,0	-10,1
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-145,6	-137,0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-23,5	-20,0
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-2,0	0,0
14	- Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-12,8	-24,0
15	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-194,0	-191,2
16	= Saldo aus Investitionstätigkeit	-160,4	-174,7
17	= Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	-75,0	-137,6
18	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	87,0	150,0
19	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	-16,0	-19,8
20	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	71,0	130,2
21	= Finanzierungsmittelbestand	-4,1	-7,4

Quelle: Stadtkämmerei

Finanzhaushalt

Der städtische Gesamtfinanzhaushalt ist vergleichbar mit der Cashflow-Rechnung eines Unternehmens. Er bildet die Ein- und Auszahlungen in den drei Bereichen laufende Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit ab. Der Finanzhaushalt gibt darüber hinaus Hinweise zur Liquiditätssituation, da er alle Geldflüsse auf der Einzahlungs- und Auszahlungsseite erfasst.

Plastisch gesehen sind die Prinzipien und Ziele der öffentlichen Finanzplanung ähnlich der eines Privathaushaltes.

So sollten erstens die laufenden Einzahlungen im Regelfall die laufenden Auszahlungen übersteigen. Ein solcher Überschuss ermöglicht es, anstehende Investitionen finanzieren zu können. Zweitens sollte sich die Stadt die Kredite für Investitionen leisten können. Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz: „Es muss möglich sein, Zins und Tilgung aus den zukünftig zu erwartenden Zahlungsmittelüberschüssen zu zahlen.“

Der Stadt Karlsruhe ist es möglich, durch den positiven Abschluss des Ergebnishaushalts für das Jahr 2017 rund 85,4 Millionen Euro und für das Jahr 2018 rund 37,1 Millionen Euro als Zahlungsmittelüberschuss zu verbuchen. –trö

sen, statt stur ihren Grundbedarf zu decken", meint der Zukunftsforscher Andreas Reiter. (...) Brauchen wir also einen „großen Wurf“? Etwa so, wie damals, als Oberbürgermeister Otto Dullenkopf ab 1972 die Kaiserstraße zur Fußgängerzone umgekrempelt hat. Das war – damals – epochal. Heute sind die Erwartungen komplexer. (...) Wir brauchen neben dem, was alle haben, Alleinstellungsmerkmale. Vielleicht nicht mehr der eine große Wurf, aber neben den einzelnen Facetten ein Blick auf das Ganze, die Suche nach einer Klammer, die gerade die Karlsruhe Innenstadt besonders macht. (...) Unser Ziel ist es daher, dass sich unsere Innenstadt als unverwechselbar, international, attraktiver Ort präsentiert – für Leben und Erlebnis, für Einkaufen und Begegnung. Als eine Innenstadt für alle. Der Stadtverwaltung kommt eine weitere zentrale Rolle zu: Es braucht einen Moderator, der Kommunikation unter den unterschiedlichen Akteuren immer wieder anstößt, gemeinsam Ziele entwickelt und deren Umsetzung absichert. Die Stadt Karlsruhe beschreitet seit Beginn der 2000er Jahre einen konsequenten Weg. Meilensteine waren der Bürgerbeteiligungsprozess City, die Gründung der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Zukunft Innenstadt“ (...), die Einführung des Citymanagements mit einem hauptamtlichen Citymanager (2005). (...)

Die bisherigen Meilensteine zeigen, dass wir beim Thema „Zukunft Innenstadt“ das Rad nicht neu erfinden müssen – wir wollen eine strategische Stadtentwicklung fortsetzen. Mit neuen Akzenten. Konkret bedeutet das: Die Ein- und Übergänge zur Innenstadt sollen gestalterisch aufgewertet werden. Zwischen Mühlburger und Durlacher Tor wollen wir, vor allem im Zuge der Neugestaltung der Kaiserstraße, die Flanier- und Aufenthaltsqualität steigern. Der Trend geht zurück zum Wohnen in der Innenstadt. Immobilieneigentümer und Anwohner wollen wir bei der Entwicklung neuer Wohnumfeldqualitäten unterstützen.

Der Handel ist und bleibt das Rückgrat einer Innenstadt. Aber deutschlandweit stagnieren die Umsätze des stationären Einzelhandels seit Jahren. Einzig der Internet-Handel konnte zulegen. (...) Diese Entwicklung ist eine Herausforderung (...). Aber es gibt auch eine ganz andere Entwicklung: Immer mehr Online-Händler entdecken die Innenstadt für sich. „Schaufenster“ heißt das Zauberwort: Geschäfte mit kleinerer Ladenfläche, in denen die Anbieter eine Auswahl ihres Sortiments zeigen. Wo die Kunden anschauen, anfassen können – und dann vor Ort im Internet bestellen.

Ein ganz wichtiger Beitrag zur Aufwertung unserer Innenstadt ist die Kombilösung. 2010 begannen die Arbeiten, begleitet vom Aufbau eines Kooperationsmarketings und von den Planungen für eine Kaiserstraße nach Abschluss der Bauarbeiten. Die Baumaßnahme zur Kombilösung bindet unsere Kräfte sehr stark. Aber es ist trotzdem dringend geboten, jetzt verstärkt den Blick nach vorne zu richten. Daher hat das Citymanagement gemeinsam mit der KASIG den Auftrag, das bisherige Kooperationsmarketing neu auszurichten und zu einem Konzept umzugestalten.

3. Sauberkeit und Sicherheit

Wenn das Thema „Innenstadt“ ein Erfolg werden soll, spielt ein Bereich natürlich eine zentrale Rolle: Sauberkeit und Sicherheit. Dabei ist die Sauberkeit der Stadt nicht nur Sache der Stadtverwal-

lung, sondern auch ihrer Bürgerinnen und Bürger. Laut Satzung über das Reinigen, Räumen und Bestreuen der Gehwege ist der jeweilige Anlieger verpflichtet, die Reinigung auf den öffentlichen Gehwegen zu übernehmen. (...) Einen neuen Rekord hat das Amt für Abfallwirtschaft bei den zehnten Karlsruher Dreckweg-Wochen in diesem Jahr zu vermelden. Mit 11.020 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und Aktionen haben so viel Bürgerinnen und Bürger wie noch nie bei der Sauberkeits-Kampagne mitgemacht. (...)

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist unstrittig eine der wichtigsten Aufgaben einer Kommune. Nicht nur für Bewohnerinnen und Bewohner, auch Gewerbetreibende und Besucherinnen und Besucher machen die Attraktivität einer Stadt nicht zuletzt daran fest. Auch bei uns hier in Karlsruhe besitzt das Thema „Sicherheit“ innerhalb der Bevölkerung eine hohe Aktualität. (...) Nach den vorliegenden Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik 2015 hat sich auch objektiv in Karlsruhe die Sicherheitslage verschlechtert. Es gibt zwar gegenüber 2014 bei einzelnen Delikten deutliche Rückgänge (...), betrachtet man aber die Gesamtheit der begangenen Straftaten, steigen die Fallzahlen um 8 Prozent. (...) Ich bin der Meinung, dass wir uns in Zukunft verstärkt den sicherheitsrelevanten Herausforderungen stellen müssen.

4. Mobilität

Auch Mobilität hat viel damit zu tun, wie attraktiv eine Stadt ist. Mobilität ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Ein Grundbedürfnis. Ein Standortfaktor. (...) Es geht dabei um ein vernünftiges Miteinander aller Verkehrsarten: Fußgänger, Radfahrer, Auto, öffentlicher Nahverkehr. (...) Es geht um eine intelligente Vernetzung der Mobilitätsformen (...). Mit dem Verkehrsentwicklungsplan (2012) hat der Gemeinderat die Weichen gestellt, die über 120 Maßnahmen und Strategien sollen bis zum Zieljahr 2025 umgesetzt werden. Viele Maßnahmen und Strategien sind angefallen, und auch in den kommenden Jahren werden uns Mobilitätsprojekte beschäftigen. Zum Beispiel:

- Fahrradstadt Karlsruhe:
- (...) Der Radverkehr soll weiter gefördert werden mit der Fortführung des „20-Punkte-Programms“.
- Fußverkehrs-Konzept:
- (...) Zufußgehen wird zukünftig eine wichtigere Rolle zum Beispiel bei Aufenthalts- und somit Stadtqualität spielen.
- Weiterentwicklung ÖPNV:
- (...) Eine große Herausforderung ist der flächendeckende barrierefreie Ausbau.
- Verkehrsmanagement-Zentrale:
- Zu innovativer Mobilität gehört das Managen von Verkehrsda-

ten. Ich denke hier an die Karlsruher Mobilitäts-App „KA-mobil“ wie auch an die Weiterentwicklung der Verkehrsmanagement-Internetseite der Stadt zum Mobilitätsportal der TechnologieRegion Karlsruhe.

- Einheitsliche Dachmarke Mobilität:
- (...) Karlsruhe ist in vielen Bereichen federführend, bei Radverkehr, CarSharing, ÖPNV. Bisher fehlt jedoch ein einheitliches, zusammenführendes Mobilitäts-Marketing.
- Forschungs- und Förderprojekte:
- Auch die Fördermittel-Töpfe spiegeln die Bedeutung von Mobilitätsthemen wider. Derzeit laufen mehrere Forschungs- und Förderprojekte, die von der Stadt unterstützt werden wie RegioMOVE, autonomes Fahren, ProfilRegion Mobilitätssysteme oder „Go Karlsruhe“.

5. Region/Internationalisierung

Was wir für ein funktionierendes Mobilitätskonzept zwingend brauchen, ist ein enges Miteinander mit der Region. Und wir brauchen eine noch internationalere Ausrichtung unserer Stadt. 30 Jahre nach ihrer Gründung steht die TechnologieRegion Karlsruhe vor einem Neustart und einer grundlegenden Weiterentwicklung. Erstmals gelingt es, Wirtschaft und Wissenschaft verbindlich in die interkommunale Zusammenarbeit einzubinden. (...) Damit wird der regionale Kooperationsverbund zum Innovations-treiber mit den thematischen Schwerpunkten Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilität und Energie. (...) Für mich ist dabei von entscheidender Bedeutung: Mit der Weiterentwicklung führen wir die bewährten Elemente der Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit der Zusammenarbeit mit den Vorteilen schlagkräftiger und gestärkter Regionalinstitutionen zusammen. (...) Die Globalisierung aller Politikfelder, der demographische Wandel, die immer wieder aktuellen welt- und europapolitischen Ereignisse haben zunehmend konkrete Auswirkungen auf die kommunale Ebene: Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, Digitalisierung, Fachkräftebedarf, um nur einige zu nennen. Für eine innovative und zukunftsorientierte Kommunalpolitik heißt das, (...) sich auch durchaus lustvoll einer internationalen Wettbewerb als Stadt zu stellen. Die Grundlage unseres Handelns ist dabei die vom Gemeinderat verabschiedete Internationalisierungsstrategie. (...) Eine Herausforderung nach innen ist dabei eine Personalentwicklung mit der Förderung sprachlicher und interkultureller Kompetenzen (...).

6. Wirtschaft und Wissenschaft

Mit 25 Forschungseinrichtun-

gen, darunter neun Hochschulen, sowie zahlreichen kleinen, mittleren und großen Unternehmen ist Karlsruhe bestens aufgestellt. Wissenschaft und Forschung sind in den vergangenen Jahren zu wichtigen Imagetreibern für die Stadt geworden. (...) Für das Thema „IT“ ist mit der Digitalen Agenda 300+ ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung des IKT-Standortes Karlsruhe erstellt worden. (...) Zusammen mit dem KIT arbeitet das Wissenschaftsbüro der Stadtmarketing Karlsruhe GmbH außerdem zurzeit an einem „House of Science and Innovation“. Darin sollen die bisherigen Aktivitäten der Wissenschaftsstadt Karlsruhe nachhaltig lokal, national und international positioniert werden und die Wissenschaft in Karlsruhe als strategischer Standortfaktor nach innen wie außen gestärkt werden. Dieses Haus der Wissenschaft soll 2017 als transparentes Wissenschafts-Schaufenster für die Bürgerschaft eingerichtet werden. (...)

7. Soziale Stadt

Eine Stadt ist nur dann dauerhaft Heimat aller ihrer Bürgerinnen und Bürger und wird es für alle, die neu hinzukommen, wenn sie sich als sozialer Ort versteht und permanent weiter entwickelt (...). Ein konkretes sozialpolitisches Ziel ist dabei die Ermöglichung von Teilhabe aller, die aktuellen Prozesse und gleichzeitig Herausforderungen dazu sind Inklusion und Integration.

Inklusion ist machbar – aber nicht überall und sofort und nicht nur als Herausforderung für Städtebau und Stadtgestaltung. Wo bisher die einzelnen Menschen Unterstützung erhielten, bezeichnet dieses Konzept ja die Öffnung der Institutionen selbst, so dass diese von allen Menschen in Anspruch genommen werden können. Das ist ein Paradigmenwechsel für die Gesellschaft und auch für uns als Kommune. Ziel

ist die Teilhabe aller Menschen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. (...)

Zunehmende Zuwanderung und die damit einhergehende Notwendigkeit der Integration stellt Kommunen vor steigende finanzielle und konzeptionelle Herausforderungen (...). Auf der anderen Seite steckt in der Zuwanderung enormes Potenzial. (...) Und da ist es gut, dass Karlsruhe sich diesem Thema bereits seit Jahren strategisch stellt und dass wir daher auf bestehenden Strukturen aufbauen können. (...) Neben den klassischen Aufgaben der Integration unterstützt die Stadt ebenfalls seit vielen Jahren Initiativen und Organisationen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Aktuell werden aus dem Haushalt Zuschüsse in Höhe von rund 200.000 Euro ausbezahlt.

8. Wohnungsbau

(...) Auch Karlsruhe gehört zu den Städten, die Wachstum und flächensparende Siedlungsentwicklung in Einklang bringen müssen. „In Deutschland müssten jedes Jahr 400.000 Wohnungen entstehen, um den Mangel an Wohnraum auf mittlere Frist zu beseitigen“, schreibt die „Zeit“ in ihrer Ausgabe am 9. Juni (...) Das Räumliche Leitbild erlaubt, auf einer strategischen Ebene Flächen für die Entwicklung neuer Wohnquartiere zu identifizieren. Daneben spielt aber auch (...) die Qualifizierung bestehender Quartiere, zum Beispiel im Sinne einer Nachverdichtung, eine wichtige Rolle. (...) Bereits 2009 hat die Volkswohnung begonnen, in der Fächerstadt dringend benötigte Mietwohnungen zu planen und zu errichten. Im Rahmen eines Neubauprogramms entstehen in den nächsten Jahren rund 1.500 neue Mietwohnungen. Davon unterliegen mehr als 60 Prozent der Mietpreisbindung. (...)

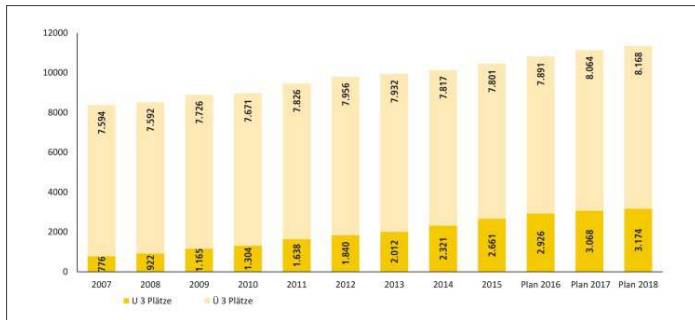


HERAUSFORDERUNG: Der Aufwand für Soziales und Jugend wächst weiter.

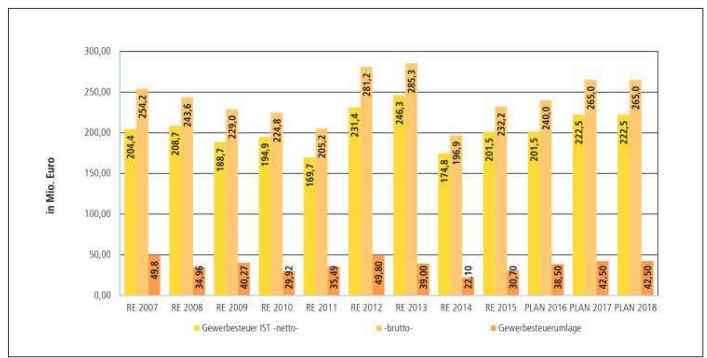
Grafik: Stadtkämmerei



GELD FÜR KIDS: Die Stadt stellt insgesamt 70 Millionen Euro im Jahr für städtische Kitas und Betriebskostenzuschüsse zur Verfügung.



MEHR BETREUUNG FÜR KLEINE KARLSRUHER: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Plätze für Kinder unter drei Jahren (U3) und über drei Jahren (Ü3) in städtischen Kitas und bei freien Trägern.



ERTRÄGE: Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer hatten 2012 und 2013 einen Höchststand.



WIRTSCHAFTSKRAFT: Die Stadt plant 2017 und 2018 mit Gewerbesteuerbruttoerträgen von 265 Millionen Euro. Fotos (2): Fränkle

ist die Teilhabe aller Menschen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. (...)

Zunehmende Zuwanderung und die damit einhergehende Notwendigkeit der Integration stellt Kommunen vor steigende finanzielle und konzeptionelle Herausforderungen (...). Auf der anderen Seite steckt in der Zuwanderung enormes Potenzial. (...) Und da ist es gut, dass Karlsruhe sich diesem Thema bereits seit Jahren strategisch stellt und dass wir daher auf bestehenden Strukturen aufbauen können. (...) Neben den klassischen Aufgaben der Integration unterstützt die Stadt ebenfalls seit vielen Jahren Initiativen und Organisationen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Aktuell werden aus dem Haushalt Zuschüsse in Höhe von rund 200.000 Euro ausbezahlt.

10. Heimattage

(...) Wie wir ein solches Thema für unsere Stadt – nicht nur für die Außenwirkung sondern auch für das Miteinander in unserer Stadt – erfolgreich nutzen können, das haben wir beim fulminanten 300. Stadtgeburtstag im vergangenen Jahr erlebt. (...) Die Heimattage haben natürlich eine andere Dimension. Aber die Strahlkraft, wenn wir es richtig angehen, kann nicht minder sein. Die Menschen in einer Großstadt leben anders zusammen, vielleicht zum Teil etwas anonym, mit vielen unterschiedlichen Kulturen, Lebensentwürfen und Wertevorstellungen. Daher werden wir beleuchten, was für die Menschen hier in Karlsruhe „Heimat“ bedeutet, was für diese „Heimat“ ausmacht und wie sie in ihrer „Heimat“ leben.

Drei Themenfelder wurden identifiziert, die Karlsruhe ausmachen und die daher in den Fokus gerückt werden: „Heimat im Wandel“, „Heimat im Netz“ und „Heimat mit dem Fahrrad“. (...) Zu den Heimattagen präsentiert sich Karlsruhe als eine Stadt im Wandel – eine Stadt zwischen Tradition, Moderne und Innovation.

AUSBLICK

Sie sehen also: Es gibt nicht das berühmte-berühmte „Tal der Tränen“, es geht beim Haushalt 2017/18 nicht um Streichen und Sparen. Auch in schwierigen Haushaltszeiten haben wir viel vor, haben wir Schönes vor. (...) Wir legen Ihnen mit diesem Haushaltsplan einen Entwurf vor, von dem wir überzeugt sind, dass wir damit sowohl die notwendigen Umstrukturierungen und Einsparungen erreichen, uns aber auch den notwendigen Spielraum verschaffen für die so wichtigen Investitionen (...).

Die Finanzbürgermeisterin blickt verhalten optimistisch voraus:

Hinterfragen, um weiter starke Stadt zu sein

Luczak-Schwarz sieht wenig Spielraum in genehmigungsfähigem Haushalt, aber Potenziale und finanzielle Polster

(mab) Karlsruhe bleibt Wachstumsstadt – und muss doch sparen. Aktivität ab Jahn- und Arbeitsort, erfordern die hohen Aufwendungen und Investitionen um Kia-Ausbau bis zur Verkehrs-Infrastruktur einen stabilisierenden Ausgleich: Das unterstrich Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz in ihrer Haushaltsrede. Wortlaut: www.karlsruhe.de/haushalt

(...) Die Dezernentin erinnerte den Gemeinderat an den zentralen Grund für seine im April 2015 gefassten Beschlüsse, die einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt von 2017 bis 2022 verlangen: „Trotz sprudelnder Steuerquellen“ wachsen die Gesamtaufwendungen schneller als die Gesamterträge – und die Wechselwirkung hält an. (...) Diesen April beschlossen die Stadträtinnen und Stadträte „Leitlinien für ein erstes Maßnahmenpaket“ im Sinne des Haushaltsstabilisierungsprozesses. „Diese sind in den eingebrachten Entwurf des Doppelhaushalts (2017/18) eingeflossen“, erklärte Bürgermeisterin Luczak-Schwarz. (...) Das zweite Maßnahmenpaket schneidet die damit beauftragte Verwaltung noch. Alle städtischen Einrichtungen sind einbezogen, müssen Kürzungen verkraften und müssen Optimierungen erzielen“. (...) Die Stadtwerke erzielten voriges Jahr einen Überschuss von 19,4 Millionen Euro (plus 4,2 Millionen zum Vorjahr), auch zeigte „die zweite Ergebnisvorschau 2016 (...) einen positiven Trend. Positiv entwickeln sich auch unsere Rheinhäfen.“

(...) Die Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafendienstleistungen (KVfVH) verbesserte ihr Jahresergebnis um vier Millionen auf minus 2,3 Millionen Euro. Gewinnverträge könnten die Fehlbeträge voriges und dieses Jahr vollkommen ausgleichen, seien 2017 aber aufgezehrt. Dann sei die KVfVH „nicht mehr in der Lage, die steigenden Verluste des Verkehrsbereichs, die sinkenden Erträge aus Aktiendividenden und die Belastungen durch die Kombilösung zu kompensieren“, so die Wirtschaftsbürgermeisterin, die klarstellte: Stadtwerke, Rheinhäfen, Verkehrsbetriebe und Bäderegesellschaft sollten Einsparpotenziale für eine schwarze Null aufzeigen. (...) Schlugen „steueroptimierte Lösungen“ wie „Einschränkungen des Leistungsspektrums und der „qualität“ fehl, bedürfte es weiterer Zuschüsse der Kämmerei. Aber: „Dies würde unseren Ergebnishaushalt nachhaltig verschlechtern und unsere bisherigen Bemühungen im Stabilisierungsprozess konterkarieren. Ein gewisses Dilemma lässt sich daher nicht vermeiden, und die KVfVH-Gruppe wird uns insofern weiter beschäftigen. (...) Die Karlsruher Messe- und Kongress-GmbH (KMK) entwickelt sich äußerst positiv. Der für 2020 anvisierte Umsatz von 30 Millionen Euro wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 erreicht. (...) Im Sechsjahresvergleich ist der Umsatz (...) um 83 Prozent gestiegen. (...) Mit dem Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Stadthalle hat der Gemeinderat die Tür einen Spalt breit zur Fortsetzung dieses Erfolgs geöffnet. Nun heißt es „Hindurchgehen“ (...). Mit der Ausgliederung der Karlsruhe Tourismus GmbH (KTG) aus der KMK haben wir einen Schritt zur stärkeren Fokussierung auf sämtliche touristische Felder getan. 621.100 Übernachtungsgäste ka-

men 2015 nach Karlsruhe. Städtereisen liegen im Trend – Karlsruhe ist Trend. (...) Die Karlsruhe Event GmbH (KEG) hat sich bereits einen Namen als professionelle Eventeinheit gemacht“. (...) Die Dezernentin nannte exemplarisch das Fest „Indoor Meeting, Schlosslichtspiele als Glanzzücker. Über Sponsorenpool und Stabilisierungsvorschläge von KMK, KTG, KEG konnten die Zuschüsse „deutlich reduziert werden“. Gleiches gelte für die Arbeitsförderungsunternehmen und das Finanzvolumen des Stadtmarketings. (...)

WIRTSCHAFTLICHER RAHMEN

(...) „Es gibt keinen Zweifel: Karlsruhe ist eine Wachstumsstadt, Karlsruhe boomt, und immer mehr Menschen kommen nach Karlsruhe“, hob Luczak-Schwarz hervor. (...) „Und die Prognosen sagen“, bei bereits klar mehr als 300.000 Einwohnern, „dass Karlsruhe weiter wachsen wird. (...) Die Anzahl aller Erwerbstätigen (...) ist von 217.700 im Jahr 2005 auf 238.300 (Stand Ende 2014) gestiegen. (...) Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ist seit 2005 von 6,9 Prozent auf 4,8 Prozent gesunken.“ (...) Eine nach wie vor hohe Zahl von Pendlern aus der Umgebung, die in Karlsruhe arbeiten, „lenkt unser Augenmerk auch auf die Verkehrssituation, die inzwischen ein Dauerproblem ist“. (...) In der Verkehrspolitik gebe es massiven Handlungsbedarf. (...) Doch die Schere zwischen Bedarf und Realität geht (...) weit auseinander. Wir werden diese Aufgabe nicht alleine lösen können. (...) Nur Hand in Hand mit unseren Nachbargemeinden können wir schnellstmöglich bezahlbaren Wohnraum im erforderlichen Umfang schaffen.“ (...)

Im Ergebnishaushalt, „zu vergleichen mit der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens“, (...) rechne die Verwaltung mit positiver Bilanz: für 2017 „mit einem ordentlichen Ergebnis von 33,7 Millionen Euro“, 2018 seien „immerhin noch rund 37.100 Euro“ eingeplant. „Diese Ergebnisse sind vor allem Folge der eingeplanten Leitlinienbeschlüsse des ersten Maßnahmenpakets (...)“, sagte die Bürgermeisterin, um dann „en detail“ zu erläutern.

ERTRÄGE

(...) „Unsere Gesamterträge haben sich seit 2007 um 40 Prozent erhöht. Erzielten wir 2007 (...) 899,5 Millionen Euro, so planen wir in 2017 mit 1,27 (...) und in 2018 mit 1,26 Milliarden Euro. Hier stellen die Gewerbesteuer, der Gemeindefinanzteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie der kommunale Finanzausgleich die größten Einnahmequellen dar. Sie umfassen 60 Prozent der Gesamterträge. Die Gewerbesteuer ist zwar die wichtigste Ertragsquelle. Jedoch ist sie keine beständige und belastbare Größe, da sie sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. (...) Wir planen 2017 und 2018 mit Gewerbesteuerbeiträgen von 265 Millionen Euro. Dies bedeutet im Vergleich zu 2015 und 2016 eine Erhöhung um 25 Millionen Euro.“ (...) Nach Umlagen für Bund und Land blieben davon 222,5 Millionen (...). „Die wesentlichen Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich stellen die Schlüsselzuweisungen,

die kommunale Investitionspauschale sowie die Ersatzleistungen für die Belastungen aus dem Familienleistungsausgleich dar.“ Den Erträgen, fokussierte die Finanzdezernentin drei Maßnahmen, kommen im Zuge der Haushaltsstabilisierung um damit rund 50 Millionen Euro bis 2022 zugute: „die Einführung einer Zweitwohnungssteuer, die Erhöhung der Vermögenssteuer sowie die moderate Anpassung der Grundsteuer“. Deren Hebesatz steigt von 420 auf 470, während Stadtkreise wie Mannheim (487), Stuttgart (520) oder Freiburg (600) laut Luczak-Schwarz höher liegen.

Freilich gebe es stets Risiken bei der Ertragskalkulation, aktuell etwa besonders in Sachen Neuordnung der „Eingliederungshilfe über ein Bundesteilhabegesetz“. Diese soll die geteilteten Kommunen um Milliarden entlasten, wofür die Stadt Karlsruhe als ihren Anteil zusätzliche Erträge von 12,5 (2017) respektive 25 Millionen Euro (2018) einplane. Sorge bereite jedoch, „dass insgesamt eine Milliarde Euro künftig den Landeskasernen zufließen soll. „Dieses Verfahren ist völlig indiskutabel“, machte die Bürgermeisterin deutlich, denn: „Damit werden die Kommunen erneut zum Bittsteller gegenüber dem Land und müssen auf die Umsetzung des Konnektivitätsprinzips, kurz – wer bestellt, der bezahlt – pochen. Ein Unsicherheitsfaktor sind auch die fehlenden Orientierungsdaten zur Berechnung des kommunalen Finanzausgleichs ab 2017.“ Noch stehe der Haushaltsentwurf des Landes aus, nächstes Jahr wird neu verhandelt: „Diskutiert wird derzeit über einen Flächenzuschlag für Kommunen und einen Demografiefaktor. Wie dies konkret aussehen soll und welche Auswirkungen das für uns hat, ist noch völlig schleierhaft. Das Land muss zur Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020 ein strukturelles Defizit von 800 Millionen Euro abgeben. Die Kommunen sollen (...) dazu beitragen.“ Doch ihr Spielraum gebe „angesichts der steigenden Soziallasten sowie der Ausgaben für Bildung und Betreuung (...)“ gegen null. Trotz dieser Risiken sind wir verhalten optimistisch und gehen von steigenden Grunddaten aus.

AUFWENDUNGEN

(...) Die geplanten Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushalts belaufen sich für 2017 auf 1,23 (...) und für 2018 auf 1,26 Milliarden Euro. „Großer Kostenfaktor ist das Personal, mit Auszubildenden und Praktikanten beschäftigt die Stadt 6064 Menschen, die 2017 zusammen 326,7 und 2018 338,1 Millionen Euro erhalten. „Dies bedeutet im Vergleich zu 2016 eine Steigerung um 23,9 Millionen Euro und damit um 7,6 Prozent innerhalb von zwei Jahren.“ Luczak-Schwarz betonte an dieser Stelle: „Ich schätze alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und diese müssen für ihre Arbeit adäquat bezahlt werden.“ Aber numerisch sei festzuhalten: „Der Personalaufwand belastet unseren Haushalt spürbar.“ Während der Haushaltskonsolidierung 2004 bis 2008 wurden 220 Stellen abgebaut, seither „jährlich mehr Stellen eingerichtet als eingespargt“. Bis Ende 2018 haben wir 556 zusätzliche Vollzeitäquivalente geschaffen.“ Knapp drei Viertel davon für die Bildung und Betreuung von Kindern „sowie allgemeine Sozial-

arbeit und psychologische Betreuung, aber auch in der Sozialverwaltung. (...) In Zukunft werden wir uns (...) vermehrt fragen müssen: Soll die Aufgabe, die der (...) Stelle zugrunde liegt, tatsächlich erfüllt werden? Und vor allem: In welchem Umfang und in welcher Intensität (...)?

Gerade die in den nächsten Jahren zunehmende Altersfluktuation bietet Raum für (...) kritische Überlegungen. (...) Betrogen unsere Aufwendungen für Soziales und Jugend inklusive Personalaufwand und Abschreibungen in 2007 254,9 Millionen Euro steigen diese in 2017 auf 461,2 (...) und in 2018 auf 478 Millionen Euro an. Diese Steigerungen stellen uns vor große Herausforderungen, da sie nur in geringem Umfang beeinflussbar sind. (...) Entlastungen durch Bund und Land haben (...) keine nachhaltige Wirkung, da sie durch Steigerungen in anderen Bereichen (...) aufgezehrt werden.“

Dies zeige sich etwa im Transferbereich Sozialamt in Pflichtleistungen für Pflege, Eingliederungshilfe (Bruttoaufwendungen von 27,4 Millionen Euro 2006 auf 49 Millionen 2015 fast verdoppelt, weiter um rund 2,5 Millionen pro Jahr steigend) sowie Grundschulerziehung im Alter / bei Erwerbsminderung. Sozialpolitisch gewollte Erweiterungen sind (...) nur im Rahmen eines finanziellen Ausgleichs durch den Bund vertretbar!

Bei weiter wachsender Nachfrage geht der „Ausbau der Kindergartenplätze (...) kontinuierlich voran. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, unterstrich Luczak-Schwarz. „Karlsruhe wird hierdurch gestärkt und zugleich als attraktiver Arbeits- und Wirtschaftsstandort.“ Die U3-Kapazität wird sich von 2005 bis Ende 2016 „auf 2926 Betreuungspunkte mehr als verdreifacht haben“. (...) Die Betreuungsquote liegt mit Tagespflege und Spielgruppen bei 45,4 Prozent, 98 Prozent (7991 Plätze) sind es bei Kindern über drei. Die „gesicherte Kinderbetreuung gilt mittlerweile als „knallharter Standortfaktor“, Aufwendungen und Erträge entwickeln sich aber zusehends belastend: „Betrogen die Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger 2007 noch rund 27 Millionen Euro, steigen diese bis 2018 auf über 94 Millionen Euro an. Die Erträge aus den Landeszuweisungen decken unsere Aufwendungen bei Weitem nicht. In 2017 werden lediglich 39,6 Prozent und in 2018 38,9 Prozent aus Landeszuweisungen finanziert.“ Auch bei städtischen Kitas finanziert die kommunale Kasse 9,74 Millionen Euro, 58 Prozent. Per anno werden „70 Millionen Euro aus allgemeinen städtischen Haushaltsmitteln finanziert“. An den Gemeinderat gewandt, erklärte die Bürgermeisterin, man werde „um eine regelmäßige und kontinuierliche Abwägung und Gegenüberstellung von finanziellen Aspekten (...) und dem Leistungsspektrum (...) nicht herum kommen“.

Die städtische Infrastruktur zu bewirtschaften und zu unterhalten verschlingt auch große Summen. So betragen die Bewirtschaftungskosten aller Schulen rund 24 Millionen Euro, „mehr denn je“ gelte es, „Folgekosten bei unseren Investitionsentscheidungen im Auge (zu) behalten“ (...).

GESAMTFINANZHAUSHALT

Der „mit der Cashflow-Rechnung eines Unternehmens“ vergleichbare Gesamtfinanzaushalt umfasst die Einnahmen und Auszahlungen in den drei Bereichen laufende Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Er gibt zudem Hinweise zur Liquiditätssituation. (...) Für die nächsten beiden Jahre ist bei Einnahmen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit 1,24 zu 1,16 (2017) beziehungsweise 1,2 Milliarden Euro (2018) zu rechnen. Daraus resultiert: „Durch den positiven Abschluss des Ergebnishaushalts infolge der ersten Leitlinienbeschlüsse ist es möglich, für 2017 rund 85,4 Millionen Euro und 37,1 Millionen Euro in 2018 als Zahlungsmittelüberschuss zu verbuchen. (...) Wie schon im Doppelhaushalt 2015/2016 haben wir ein sehr hohes Investitionsvolumen aufgelegt. Wir planen 2017 und 194



STANDARDS HINTERFRAGEN: Für Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz sind vor allem Mut und Weitblick gefragt. Foto: Fränk

und 2018 mit 191,2 Millionen Euro. Die Auszahlungen für Baumaßnahmen umfassen 146 in 2017 und 137 Millionen Euro in 2018.“ Das umfasst die Projekte der „Tätigenliste zum DHH 2015/2016“. Investitionsschwerpunkte sind, bleiben also, „der Ausbau der Infrastruktur, Kinderbetreuung und Bildung“. Um Beispiele zu geben, erläuterte Luczak-Schwarz: „Für Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen an Schulen sind rund 85,6 Millionen Euro vorgesehen. Genannt seien als Fortsetzungsmaßnahmen der Neubau der Gemeinschaftsschule in Grötzingen mit 15,5 Millionen Euro und der zweite Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule mit 18,9 Millionen Euro sowie der Beginn der Erweiterung und Modernisierung der Drais-Gemeinschaftsschule mit einem Gesamtaufwand von 21,4 Millionen Euro. (...) Für die verkehrliche Infrastruktur wenden wir rund 27 Millionen Euro für Verbesserung, Erschließung, Straßenbeleuchtung, Verkehrssignalanlagen, Ingenieurbauwerke, Radwege und Straßengrün auf.“ Unverzichtbar würden knapp 51 Millionen Euro in Kläranlage und Abwasserretention investiert, „die langfristig durch die Gebührenzahler über die Abwassergebühren an die Stadt Karlsruhe wieder zurückfließen. Für Infrastrukturmaßnahmen rund um das Wildparkstadion sind fünf Millionen Euro in 2018 vorgesehen. Zwei Millionen Euro werden 2017 als Eigenkapital für den Eigenbetrieb Wildpark benötigt“, der zum 1. Januar für den Stadion-Neubau gegründet werden soll. „Für die Sportvereine sind Investitionszuschüsse für Sportanlagen von 3,1 Millionen Euro und für den bedarfsgerechten Aus- und Umbau von Betreuungsplätzen von acht Millionen Euro eingeplant. (...) Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus sind jeweils 2,3 Millionen Euro eingeplant.“ (...)

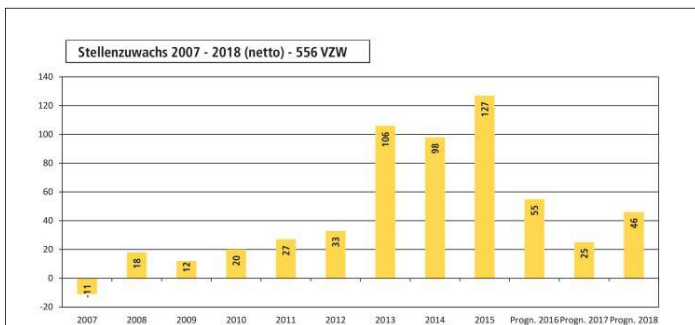
LIQUIDITÄT

(...) All das und mehr muss finanziert werden: „Seit 2007 haben wir durchschnittliche Einzahlungen aus Investitionstätigkeit durch Grundstückserlöse und Zuschüsse von EU, Bund und Land von 33,2 Millionen Euro. 2017 planen wir mit 33,6 und in 2018 mit 16,5 Millionen Euro“, zeigte die Bürgermeisterin zur Habenseite auf, daneben „einen Zahlungsmittelüberschuss von 85,4 Millionen Euro in 2017 und 37,1 Millionen Euro in 2018. In den letzten Jahren haben wir kräftig investiert. Dies hat unsere liquiden Mittel in erheblichem Umfang reduziert. Deshalb mussten wir in den letzten zwei Jahren mehrfach Kassenkredite zur Sicherstellung der Liquidität aufnehmen. Erinnern möchte ich auch an die langfristigen Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Investitionen Ende 2014 von 49 Millionen und Ende 2015 von 40 Millionen Euro.“ (...) Auf Basis der Gemeindehaushaltsverordnung ist ab 2017 „eine Mindestliquidität von zwei Prozent der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit“ vorzuzahlen – rund 20 Millionen Euro, „für Investitionen nicht verfügbar!“ Somit kann das Investitionsvolumen nicht ohne Nettoneuerschuldung gestemmt werden. „2017 sind Kre-

ditte von 87 Millionen Euro und in 2018 von 150 Millionen Euro vorgesehen.“ (...) Analog zum wachsenden Schuldenstand steige aber auch das Vermögen der Stadt: „Denn wir investieren in 2017 und 2018 375,1 Millionen Euro in die Infrastruktur der Stadt Karlsruhe. Aber die mittelfristige Finanzplanung mahnt uns zur Vorsicht. Sie zeigt auf, dass wir – obwohl die Maßnahmen des Leitlinienbeschlusses vom 26. April 2016 berücksichtigt wurden – nach heutigem Stand ab 2019 keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt erzielen werden. Prognostiziert sind Fehlbeträge in 2019 von -24,1 Millionen Euro, in 2020 von -65,3 Millionen Euro und in 2021 von -98,3 Millionen Euro.“ Zwischen 2017 und 2021 wüchsen die Erträge um 40, die Aufwendungen um 170 Millionen Euro. (...) Fraglos müsse weiter investiert werden: „Schwerpunkte stellen auch hier unsere Infrastruktur sowie Betreuung und Bildung.“

Aktuell sind rund 190 Millionen Euro in 2019, 177 Millionen Euro in 2020 und 186 Millionen Euro in 2021 geplant. Aber: Damit sind noch längst nicht alle angemeldeten Maßnahmen umgesetzt. Gestaltungspläne werden kaum zu schaffen sein. (...) Die Stadt Karlsruhe hatte bislang ihre Verschuldung im Griff, und dabei soll es auch bleiben. (...) Es bleibt die Frage, wie viele Investitionskredite wir zukünftig noch schulern können, zumal der Kreditzins durchaus attraktiv niedrig ist. Um die Antwort vorweg zu nehmen: Eine absolute Höhe, ein bis dahin und nicht weiter, gibt es nicht. Unser Blick muss sich allein auf die Genehmigungsfähigkeit des Doppelhaushalts im Ganzen richten.“

(...) Als Gesamtfazit hob die Finanzbürgermeisterin „enorme Gestaltungskraft“ hervor. „Unser Haushalt ist genehmigungsfähig. Wir erwirtschaften 2017 und 2018 infolge der Umsetzung der Leitlinienbeschlüsse im Stabilisierungsprozess unsere Abschreibungen und erzielen einen Zahlungsmittelüberschuss. Dadurch haben wir ein gutes finanzielles Polster, um das gewaltige Investitionsprogramm umsetzen zu können.“ Klar müsse sein: „Entscheidungen für andere und weitere Projekte oder Investitionen werden nicht mehr möglich sein! Der Spielraum im Doppelhaushalt ist sehr gering und mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2021 bewegen wir uns auf durchaus „dünnem Eis“. Wir werden zu künftig weitere Prioritäten im Ergebnishaushalt und bei unseren Investitionen setzen müssen.“ (...) Ordentliche Erträge sollten ordentliche Aufwendungen abdecken können. „Hierzu müssen wir unter anderem „unseren Stabilisierungsprozess (...) sukzessive umsetzen, wenn dauerhaft das strukturelle Defizit im Ergebnishaushalt verhindert werden soll (...), unsere eigenen Standards nochmals kritisch hinterfragen (...), unser Investitionsprogramm bis 2025 konsequent priorisieren (...), uns konsequent an die Vorgaben halten, dass neue Aufgaben nur noch mit einer nachhaltigen Gegenfinanzierung oder einer Aufgabenzurückführung an anderer Stelle übernommen werden.“



PERSONAL: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Stellen bei der Stadt.

Grafik: Stadtkämmerei